

# „Verhältnis war positiv“

## Lindenstraße: Historikerteam bedauert Streit und weist Vorwürfe der NS-Opferverbände zurück

INNENSTADT - Im Streit um den Ausstellungsbereich zur NS-Geschichte in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 reagieren die Ausstellungsmacher - Historikerin Annemone Christians, Gedenkstätten-Mitarbeiterin Gabriele Schnell und Hans-Hermann Hertle, Direktor des für die Erarbeitung federführenden Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) - mit Bedauern und weisen gleichzeitig die Vorwürfe der NS-Opfervertreter zurück. Wie berichtet hatten drei Opferverbände kritisiert, dass sie weder in die Vorbereitung einbezogen noch zur Eröffnung eingeladen worden seien - die Stadt hat die Vorwürfe abgestritten. In der vergangenen Woche hatte sich die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz mit einem Brief an Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) gewandt.

Ein ganz anderes Bild ergab sich für die Ausstellungsmacher: „Das Schreiben der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz stimmt uns traurig, da wir das Verhältnis bei der Vorbereitung der Ausstellung als konstruktiv und positiv empfunden haben und die Bundesvereinigung umfassend einbezogen war“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme. So

sei etwa Material, das von der Vereinigung zur Verfügung gestellt wurde, in die Ausstellungstafeln mit eingeflossen. Eine Abstimmung der Texte sei „aufgrund der vorhandenen Expertise und des einvernehmlichen Verhältnisses unserer Ansicht nach nicht erforderlich“ gewesen. Dass verschickte Einladungen zur Eröffnung des Ausstellungsbereiches „offenbar nicht angekommen sind“, nehme man „mit Bedauern zur Kenntnis“. Zur Forderung der Bundesvereinigung nach einem speziellen Gedenkort für NS-Opfer verweisen die Ausstellungsmacher auf die noch laufenden Diskussionen zu einem Gedenkkonzept für Potsdam.

Der Gebäudekomplex in der Lindenstraße war zwischen 1933 und 1945 Sitz des sogenannten „Erbgesundheitsgerichts“, das Tausende Frauen, Männer und Jugendliche zur Zwangssterilisation verurteilte. Zudem war dort der Volksgerichtshof beheimatet, der auch Todesstrafen gegen Oppositionelle verhängte. Der Ausstellungsbereich zu diesem Teil der Geschichte war nach jahrelangem Ringen im September eröffnet worden. Seit 1952 war das Gebäude Untersuchungsgefängnis der DDR-Staatssicherheit. *jaha*